

Gemeinsame Interessen Bf's 141010

15.10.2010; Veranstaltung „Schutzgemeinschaft“ und BVBB (Schloss Diedersdorf)

Unkorrigiertes Manuskript zur Rede Ferdi Breidbach.

Es gilt das gesprochene Wort!

Fakten als Grundlage zur Organisation einer Zusammenarbeit der Bf'S

- Es besteht kein Grund zu Hektik und Aktionismus. Alle Maßnahmen und Aktionen haben feste Zeithorizonte als Grundlage (Inbetriebnahme BBI, 8-6 Monate vorher Erlass der Verordnung durch Bundesverkehrsministerium; „Bundesamt für Flugwesen“. Bis vor diesem Zeitpunkt muss die DFS ihre Vorschläge vorlegen)
- Es besteht jeder Grund, dass die neubetroffenen Regionen sich sachkundig im Hinblick auf ihre mögliche Betroffenheit machen. Emotionen sind verständlich aber nicht zielführend um ernst genommen zu werden. Sachkundig machen heißt: Fragen was man wirklich will. Berechnungen der Flughöhen anhand von Prognosen zu fliegenden Flugzeugtypen, Flugplänen, wirtschaftlichen Anforderungen der FBS. Vorsicht: alles ist nicht in Stein gemeißelt, weil die tatsächlichen Fakten erst ermittelt werden können wenn die Voraussetzungen festliegen
- Die Faktenprüfung, an die auch die DFS gebunden ist, hat rechtliche, unüberwindbare und Vorschriften der Flugsicherheit als Vorgabe. Die Prüfkriterien lauten: Flugsicherheit, Lärmbetroffenheit nach Maßgabe des Gesundheitsschutzes, Fliegbarkeit, ICAO – Konformität, Wirtschaftlichkeit.
- Jeder Vorschlag, der auch nur mit einer dieser Kriterien im Konflikt steht löst rechtliche Auseinandersetzungen aus. Der jeweils durch Kriterien Benachteiligte wird gegen die Flugroutenverordnung klagen.

Fallstricke

-Flugroutenvorschläge ohne Komplexe Betrachtung des Luftraumes, der Folgen des Fluglärms unter Berücksichtigung sensibler Einrichtungen und Naturschutzbereiche fallen ebenso durch wie Versuche mit regionalen Anforderungen den Fluglärm zu verlagern

Darum die dringende Bitte: nach Stopp aller regionalen Vorschläge. Sie wecken Hoffnungen, lösen Diskussionen aus, rufen Freunde der Profilierung auf die Bühne und verhindern eine geschlossene Position der Betroffenen

Anforderungen

Erst auf Grundlage ernst zunehmender Konzepte, mit einer Gesamtbetrachtung der Fluglärmumgriffe gibt es eine Grundlage zu Forderungen und Aufforderungen für Gespräche der Bf'S mit Entscheidungsträgern. Für diese ist nichts so angenehm wie zerstrittene Positionen die ihre wahrhaftige Grundlage im Denken und Handeln nach dem St. Floriansprinzip haben. Jeder der Vorteile aus diesem Prinzip ziehen will muss wissen: Der Fluglärm bleibt, bei steigender Belastung durch Förderung der Ansprüche der FBS, solange , zig Generationen, der BBI in Betrieb ist. Wer heute glaubt dem Fluglärm entrinnen zu können ist dann durch die heute schon bekannte , gewollte, Entwicklung des Flugverkehrs, morgen betroffen. Denn, spätestens bei

wesentlicher Änderungen des Flugbetriebs werden die Flugrouten neu festgelegt. An allen Großflughäfen, auch in Deutschland, bleibt das Problem von Fluglärm und Flugrouten.

Als Merksatz

Flugrouten sind zwangsläufig und unabdingbar an die Lage von Start – und Landebahnen gebunden. Sie sind nicht die Ursache von Fluglärm! Ursache ist der Flughafenstandort, hier beim BBI zwischen Siedlungsbändern, mit zwangsläufige Überflügen auch über den Osten Berlins, und am Stadtrand des südlichen Berlins. Verantwortlich für den Standort und damit für den Fluglärm sind darum Wowereit, Platzeck und verschlafene Kontrolleure in der Funktion von Abgeordneten in den Parlamenten. Sie, als politische Entscheidungsträger, und nicht untergeordnete Beamte sind darum Adressat für alle Forderungen der Betroffenen. Sie haben sich zu stellen und ihre Entscheidung zu verteidigen oder zu revidieren. Darum ist es Verbreitung von Nebel, wenn diese Adressaten unter „die Politik“, anonymisiert, versteckt werden. Sie haben die Menschen auch im Süden von Berlin „hinter die Fichte geführt“ Dies bewusst, weil sie wussten, wenn die tatsächlichen Folgen zur Unzeit bekannt werden, dann wäre ihr Traum von einem stadtnahen Flughafen zum Alptraum geworden. Diesen Alptraum haben sie andern Betroffenen schon zugeschoben. Die betroffenen Ost-Berliner, die Betroffenen im Norden das LK TeltowFläming hatten sie ja schon zu Menschen 2. Klasse degradiert. Wer so etwas macht und Charakter hat zieht aus seinem Handeln Konsequenzen.

Wege zur Organisation und Koordination „Botschaften, Aktionen der Bürgerinitiativen (BI`s) gegen den erwarteten Fluglärm durch den Flugbetrieb.

Vorbemerkung:

Aller Erfahrungen zeigen, dass Bürgerinitiativen nur effizient sind, wirksam Interessen vertreten und durchsetzen können, wenn sie die jeweiligen Kräfte bündeln. Voraussetzung ist, dass sie Ziele formulieren, gemeinsam für die Ziele eintreten auf die sie sich verständigt haben.

Dabei muss es jeder BI gestattet sein auch Ziele zu vertreten die nicht im Kanon der Gemeinsamkeit vereinbart werden konnten. Die Vertretung solcher Ziele durch einzelne BI`s bedeutet dann keine Schwächung der Ziele auf die sich alle BI`s einvernehmlich verständigt haben, wenn die nicht vereinbarten Ziele als Maximalforderungen Minimalforderungen nicht konterkarieren.

1. In „round table Gesprächen“ ermitteln die für die BI`s verantwortlichen Sprecher die Schnittmengen möglicher gemeinsamer Positionen.
2. Im zweiten Schritt werden diese Positionen als Botschaften formuliert.
3. Im dritten Schritt werden die Botschaften in den BI`s diskutiert und auf Mehrheitsfähigkeit geprüft.
4. Im vierten Schritt werden die „Basisergebnisse“ in der Sprecherrunde (round table), mit dem Ziel zur Erreichung von Botschaften, zusammengefasst und abgestimmt.

5. Die Sprecherrunde verständigt sich auf Minimalregeln für die Organisation der Zusammenarbeit.
6. Für den Fall anfallender Kosten wird ein Konto eingerichtet auf das die BI`s nach vereinbartem Schlüssel und vereinbarter Höhe Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die Verfügung dieser Mittel wird an wenigstens 3 Mitglieder der Sprecherrunde übertragen.
7. Die Sprecherrunde bestimmt als Ansprechpartner für alle Bis einen oder mehrere Sprecher. Ihre Hauptfunktion ist die Kommunikation der Botschaften, als ein Element der Öffentlichkeitsarbeit.
8. Die Sprecherrunde tagt nach Bedarf aber wenigstens 1 x in 6 Wochen. 30% der Sprecher können die Sitzung der Sprecherrunde außerhalb der Regel beantragen.
9. Alle Aktionen der BI`s werden konzentriert, es sei denn aus Sachgründen sind Einzelaktionen erforderlich.
10. Die Sprecherrunde bemüht sich um Zusammenarbeit mit Partnern (z.B) Kommunen die die gleichen Ziele wie die BI`s verfolgen.
11. Sprecherrunde und BI` sverpflichten sich alles zu tun um einen einheitliche Auftritt sicher zu stellen.
12. Die BI` S verstehen, aus der Natur der Sache, als politische Organisation, die unabhängig von Parteien, Regierungen, Behörden ihre Arbeit im Interesse des Bürgerwillens Ziele umsetzen.

Im Sinne aktueller Probleme muss versucht werden eine Verständigung auf Gemeinsamkeit unverzüglich anzustreben.

Grundsätzliche Aussagen zum Schluss

Es geht um mehr als über Fluglärm. Es geht auch um Maßstäbe für politisches Handeln, Glaubwürdigkeit, Seriosität, Respekt und Achtung

- **Jeder Mensch hat ein Menschenrecht auf Schutz vor Lärm und Schutz seiner Nachtruhe**
- **Jedes Kind hat ein Recht unter natürlichen Bedingungen und nicht in Akustikzimmern unterwiesen zu werden. Jeder Mensch hat ein Recht auf natürlichen Schlaf, nicht auf Unterbringung in Schlafzimmern mit geschlossenen Fenstern und Luftzufuhr durch Ventilatoren.**
- **Das gilt für Menschen die am Wannsee, Kleinmachnow, Teltow, in Müggelheim, Bohnsdorf, Mahlow/Blankenfelde oder Ludwigsfelde wohnen gleichermaßen und ohne Einschränkung**
- **Es gibt nicht den Besseren Menschen dem man nicht zumuten darf was man einem Menschen zumutet den man so in die Kategorie schlechter Mensch, einordnet.**
- **Das christliche Menschenbild, dass mein Maßstab ist, geht vom Menschen als Ebenbild Gottes aus. D. h.: wer dem Menschen Schaden zufügt fügt Gott Schaden zu. Der Humanismus, der auch Grundlage der UN – Menschenrechtskonvention und unserer Verfassung ist, fordert in seinen Menschenrechten die Gleichheit des Menschen im Sinne persönliche Würde, gleichen Schutz und gleiche Entwicklungsmöglichkeiten. Zum Verbot einer bewussten Lärmverschmutzung ist darum die UN- Folterkonvention ein lesenswertes Dokument**

- Wer ohne Not, auf Grund wirtschaftlicher oder politischer Interessen diese Rechte von Menschen missachtet oder verachtet, mit Füßen tritt, der hat sich von den Menschenrechten verabschiedet. Verabschiedet hat er sich dann auch von den Grundrechten unserer Verfassung. Man kann ihn darum getrost als Verfassungsfeind bezeichnen.
- Das gilt sicher auch für die Protagonisten des BBI. Sie haben ohne Not und absichtlich diese Rechte ignoriert. Es gab nämlich mit dem Standort „Sperenberg“ eine Alternative ohne alle Folgen, die jetzt sichtbar werden und kommen. Ein Bezug auf Rechte des Allgemeinenwohls als Grundlage für die Standortentscheidung war und ist unzulässig, weil es eine Alternative, Sperenberg gab und gibt die den Individualinteressen ebenso gerecht geworden wäre wie den Allgemeinwohlintereessen. An diesem Standort hätte es wegen der Besiedlungssituatuion praktisch keinen Fluglärm, die Menschen betreffend, gegeben. Es wurde zwischen diesen legitimen Interessen politisch, sachlich, nicht abgewogen. Darum ist, mit Stolpe, Schönefeld ein unmenschlicher Standort.
- Ohne philosophische Betrachtung oder Auslegungsdiskussionen über Menschenrechte muss man von verantwortlichen Politikern zumindest erwarten können das sie ihre Entscheidungen an Kants kategorischem Imperativ, den ich so interpretieren möchte, messen: “Was du nicht willst was man Dir tut, dass füg auch keinem andern zu“. Es ist schon bezeichnend, dass man nun für die Einforderung eine Selbstverständlichkeit werben muss.
- Eine Berufung der Standortentscheidung auf das allgemeine Wohl, der angeblichen Notwendigkeit für die Entwicklung Berlins/Brandenburg, der Schaffung von Arbeitsplätzen usw. ist eine nicht durchhaltbare Schutzbehauptung. Alles und Mehr wäre in Sperenberg möglich gewesen
- Das St. Floriansprinzip wird den Neubetroffenen nicht helfen. Sie müssen das Risiko sehen mit ihren Forderungen politisch und vor Gericht zu scheitern. Darum gilt: Wer den Fluglärm nicht will, anderen nicht zumuten will das zu erleiden was er selber nicht erleiden will der kann nach den Regeln von Recht, Moral und Logik, zur Vermeidung seines Risikos, nur zustimmen, wenn der BVBB fordert:
 - Der BBI darf am Standort Schönefeld nicht in Betrieb gehen.
 - Baustopp sofort und zurück zu den Wurzeln, nach Sperenberg.
- Alle Forderungen unterhalb dieses Ziels, seien es Änderungen von Flugrouten die dann das „Haus der Andern anstecken.“ spalten die Menschen in Bessere und Schlechtere.

Die Wowereits und Platzek dieser Welt müssen lernen, dass sich das Volk nicht mehr alles bieten lässt was sie anrühren.

**Darum gilt.
Wir sind das Volk**

-